

»Wirtschaftswunder« für Flüchtlingsjobs

Familienunternehmer mit Weihnachtswunschzettel: Weg mit Mindestlohn und Kündigungsschutz

Reformen« zu Lasten der Beschäftigten brauchen Werbung. Das beherzigen auch die »Familienunternehmen«, denn sie bemühen gleich ein neues »Wirtschaftswunder«. Dies könne nach Ansicht des gleichnamigen Verbandes in Deutschland eine Million Arbeitsplätze für Flüchtlinge schaffen. Die Lobbyorganisation fordert ein »Reformpaket«, das weit über die Agenda 2010 der »rot-grünen« Schröder-Fischer-Regierung (1998 bis 2005) hinausgehen müsse. »Ein drittes deutsches Wirtschaftswunder (Zählweise: nach 1949 das erste, nach 2009 das zweite; d. Red.) ist nötig – und möglich«, heißt es in einem Papier des Verbandes, das der Nachrichtenagentur *dpa* am Freitag vorlag und über das zuvor die *Süddeutsche Zeitung* berichtet hatte.

Natürlich geht es um Geld: Dem Verband schwebt demnach vor, die bisher duale Ausbildung um eine dritte Säule zu erweitern. Teil dieser trialen herantbildung von Fachkräften wäre neben der Praxis im Betrieb und dem Besuch der Berufsschule der Erwerb der deutschen Sprache. Dies könne dazu führen, dass sich die Lehrzeit auf vier Jahre verlängere. Firmen, die Auszubildende ohne ausreichende Sprachkenntnisse beschäftigen, sollten Zuschüsse von 1.000 Euro pro Monat und Migrant für zwei Jahre erhalten – nicht als Subvention, sondern in Form eines Dienstleistungsvertrages mit dem Staat.

Für alle zusätzlichen Stellen, die zunächst bis 2020 geschaffen werden – ob für Migranten oder einheimische Arbeitslose –, sollten zudem die Sozialversicherungsbeiträge halbiert werden. Der Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde sei für die wenig- bis unqualifizierten Flüchtlinge eine echte »Barriere« für den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Als Lösung schwebt den Familienkapitalisten schlicht vor: »Um

möglichst vielen längere Zeiten des Nichts-tun-dürfens zu ersparen, ist eine komplette Abschaffung des Mindestlohns erforderlich«. Die kleine Einschränkung, diese Maßnahme könne zeitlich befristet und auf zusätzliche Stellen begrenzt werden, macht den Ansatz nicht besser.

Damit nicht genug: Um die Unternehmen trotz der schlechten Qualifikationen vieler Flüchtlinge risikobereiter bei Einstellungen werden zu lassen, sollte der Kündigungsschutz schrittweise in ein Abfindungsmodell umgewandelt werden, heißt es in dem Papier weiter. Bei der »trialen Ausbildung« sollte der Kündigungsschutz gelockert oder ganz ausgesetzt werden. Zudem müssten Asylberechtigte sofort in Zeitarbeitsfirmen beschäftigt werden dürfen.

Anerkannte Asylbewerber sollen sich aus Sicht des Verbandes einen dauerhaften Aufenthaltsstatus »erarbeiten« beziehungsweise ihn aktiv verlängern können: Bei Abschluss einer Ausbildung – die erst bei geklärtem Status aufgenommen werden dürfe – und bei Nachweis eines neuen Sprachniveaus würden Punkte vergeben, die zu einer Verlängerung des Aufenthaltsrechts führen: »Man könnte auch die Berechtigung zum Familiennachzug an solche Punkte-Erarbeitungen knüpfen: Wer eine bestimmte Kopfzahl potentiell ernähren kann, darf nach diesem Prinzip beginnen, seine Familie nachzuholen.« Um die Ausbildungsanstrengungen bei Migranten und Einheimischen zu erhöhen, sei eine komplette Steuerbefreiung für Familien denkbar. Die sollte aber nicht an die bloße Zahl der Kinder anknüpfen, sondern zum Beispiel an Kinder mit Schulabschluss: »Dadurch wird verhindert, dass sich mehrere Generationen mit dem Bezug von Sozialhilfen abfinden«.

Der Verband hat rund 5.000 Mitglieder. Diese beschäftigen rund 1,7 Millionen Mitarbeiter und erzielen einen Jahresumsatz von ca. 315 Milliarden Euro (Stand 2010). (dpa/jW)

<http://www.jungewelt.de/2015/12-14/022.php>